Ueber das Wesen der juristischen Personen.

Rede beim Antritt des Prorektorats

der Königlichen Bayerischen
friedrich-Alexanders-Universität Erlangen
am 4. November 1886 gehalten

von
Dr. Eduard Sölder,
ordentlichen Professor der Rechte.

Erlangen.
Druck der Universitäts-Buchdruckerei von Junge & Sohn.
1886.
Hochachtungliche Versammlung!

Collegien! Commilitonen!


1*
Die Universität unserer Universitäten pflegt man schon in ihrem Namen ausgedrückt zu finden; doch ist dieser nicht ausgegangen von der im Wesen der ältesten Universitäten überhaupt nicht gelegenen Vereinigung der Pflege verschiedener Wissenschaften, sondern von der Vereinigung der verschiedenen mit einander die Universität bildenden Personen. Als universitas personarum bezeichnet die juristische Sprachbruch eine bestimmte Art der juristischen Personen, und diese sind es, für deren Wesen ich mir auf eine Spanne Zeit Ihre Theilnahme erbitte.

Als spezifisch juristisches Gewächs verrät die juristischen Personen schon ihr Name, während der allgemeinere Begriff der Person eines über den Boden des positiven Rechtes weit zurückreichenden Ursprungs ist. Jeder weiß, daß die sog. juristischen Personen nicht die einzigen Personen sind, welche das Recht nennt, daß also jenes Prädicat sie nicht etwa nur als Personen im Sinne des Rechtes bezeichnen, sondern sie zugleich von denjenigen Personen unterscheiden soll, welche auch die nicht juristische Betrachtung als solche anerkennt. Dem gegenüber erhebt sich die Frage nach der Berechtigung einer solchen Unterscheidung. Erstittert, so sollte man denken, sein spezifisch juristischer Begriff der Person, so kann es auch keine ausschließlich für das Recht existierenden Personen geben; existirt dagegen ein solcher, so ist für die juristische Betrachtung dieser allein maßgebend, besteht also für sie kein Grund zur Unterscheidung zwischen juristischen und anderen Personen. Dies führt uns auf die Tatsache, daß auch für das Recht die sog. juristischen Personen keineswegs sächlich im gleichen Sinne Personen sind wie andere Personen. Den juristischen pflegt man die physischen Personen entgegenzusehen, welche nichts anderes sind als menschliche Individuen. In Ansehung seiner rechtlichen Bedeutung berührt die obere Unterscheidung alles körperlich Existierenden nicht etwa auf der Entgegensetzung des Organischen und Unorganischen oder des Beselten und Unbeselten, sondern auf der Unterscheidung der Personen und der Sachen. Dieser Gegenfall ist derjenige des Subjectes und des Objectes in der besonderen Anwendung, daß Personen ist das Subject eigenen und Sache das Object fremden Willens. Indem nun für das Recht nur dasjenige Person ist, was dieses als Subject eigenen Willens behandel, so ist die Frage nach der Willensfähigkeit des Thieres oder gar nach dem Willen in der Natur überhaupt eine für den Juristen nicht existierende. Daß für das Recht jedes andere lebende Wesen nur als Object menschlichen und nicht als Subject eigenen Willens existirt, erlebt auch dadurch keine Ausnahme, da gewisse menschliche Einwirkungen auf andere Wesen z. B. durch das Gebot der Thierquälerei untersagt sind. Was weder Subject eigenen noch Object fremden menschlichen.
Willens ist, das ist weder Person noch Sache und existiert daher für das Recht überhaupt nicht. "Die Sterne die begehrt man nicht, man freut sich ihrer Pracht".

Kommt aber Persönlichkeit ausgeschließlich den Menschen zu, so kommt sie doch nicht allen Menschen in gleicher Weise zu, und zwar aus Gründen, welche theils in natürlichen Verschiedenheiten der Menschen theils im positiven Rechte wurzeln. Als Menschen ohne jede rechtlich anerkannte Persönlichkeit pflegt man die Sklaven zu bezeichnen, indem man ihre Unfreiheit auf eine positivrechtliche Verneinung des ihnen als Menschen zukommenden eigenen Willens zurückführt. War aber der römische Sklave schleschthin Object fremden und in keiner Weise Subject eigenen Rechtens, so entbehre doch keineswegs sein eigener Mitlein jeder rechtlichen Bedeutung. Im Begriffe des Eigenthums liegt es, daß die seinen Objecten inwohrenden Kräfte rechtlich als Kräfte des Eigenthümers gelten. "Wenn ich sechs Hengste zahlen kann, sind diese Kräfte nicht die meine". Was so von der Muskelkraft des Thieres gilt, das gilt in gleicher Weise, wo auch der Mensch Object des Eigenthumes ist, von seiner Willenskraft. Nicht nur durch physische Arbeit, sondern auch durch Rechtsakte konnte der Sklave Kraft eigener Initiative dieselben Effekte erzielen wie der Freie; während aber dieser sie für sich erzielte, so erzielte sie der Sklave für seinen Eigenthümer, als dessen Kraft gleich seinen physischen Kräften seine Willenskraft rechtlich galt. Subject eigenen Willens war daher der Sklave im Sinne eines möglichen Subjectes rechtsgültiger Willensbetheitung, welche jedoch rechtliche Geltung nur hatte als Mittel der Bescheidung fremden Willens. Der Sklave war also Person zwar nicht im Sinne eines rechtstüchtigen, aber im Sinne eines handlungsfähigen Wesens, und rechtsgültiger Handlungen fähig war er nicht etwa troz seiner Eigenschaft als Object fremden Rechtens, sondern vermöge seiner Eigenschaft als Object fremden Rechtens. Wie im Gegenfalle zum herrenlosen, der Willkür eines jeden preisgegebenen Sklaven der Sklave eines bestimmten Herrn durch dessen Eigenthum der beliebigen Einwirkung Dritter entrückt war, so erlangte auch die Willenskraft des Sklaven als eine seinem Herrn zu gute kommende eine für sich ihr nicht zukommende Bedeutung.

War aber der Sklave handlungsfähig ohne rechtstüchtig zu sein, so sind umgekehrt rechtstüchtige, aber nicht handlungsstüchtige Personen die Geisteskranke und Kinder. Wenn ihre Handlungsunfähigkeit im Gegenfalle zur Rechtsunfähigkeit der Sklaven auf natürlichen Besonderheiten ihrer Individualität beruht, so ist doch auch sie eine nicht durch Naturnotwendigkeit, sondern von Rechtswegen bestehende. Weder dem Geisteskranke noch dem Kinde läßt sich ein menschlicher, vom therischen Triebe verschiedener Mitlein schleschthin absprechen; die Frage nach der besonderen Beschaffenheit des noch unentwickelten oder abnorm entwickelten
menschlichen Geistes und Willens berührt und aber hier nicht, weil der Wille des Wahn-
finnigen und des Kindes rechtswirkamer Befähigung unfähig, also ein für das Recht nicht
eigentheimer ist. Auch für das Recht steht jedoch der handlungsunfähige Mensch keineswegs
auf einer Stufe mit der willenlosen Sache; vielmehr ist auch er Person im Sinne eines
Rechtssubjectes. Läst sich aber, so müssen wir fragen, als Rechtssubject denken, wer nicht
Subject eines vom Rechte anerkannten Willens ist, und ist es nicht ein innerer Widerspruch,
wen das Recht gewisse Menschen als Personen gelten läst, ohne doch der Befähigung
ihrer Persönlichkeit irgendwelche Geltung zuzuerkennen? Der Handlungsunfähige ist denn
auch nicht in der gleichen Weise Rechtssubject wie der Handlungsfähige. Indem ein Recht
das reinige ist, so ist es ein mir zu Gebote stehendes Mittel zur Befriedigung meiner Be-
dürfnisse, und darin liegt eine doppelte Beziehung desselben zu meinem Willen als einem
durch seine Handhabung zur Befähigung und durch seine Realisirung zur Befriedigung
gelangen. Die Rechte des Handlungsunfähigen aber sind weder Werkeuge seiner eigenen
Willensbemühung noch schlechthin Mittel der Befriedigung seines eigenen Willens. Seinem
eigenen Willen, welchen es nicht gelten läst, substituiert das Recht den Willen anderer seine
Rechte im Dienste seiner Bedürfnisse wahrnehmender Personen. Während daher die Be-
dürfnisse, welchen das Eigenthum des Handlungsfähigen dient, die von ihm selbst als die
seinigen empfunden sind, so dient das Eigenthum des Handlungsunfähigen denjenigen
Bedürfnissen, welche sein Vertreter als die seinigen ansieht; seine Rechte sind daher in
Wirtlichkeit Mittel wie der Befähigung so auch der Befriedigung eines solchen fremden
Willens, welcher rechtlich als der seinige gilt. Daß sie trophem als seine eigenen Rechte
gehen, wäre undenkbar, wenn das individuelle Fürsichsein der Einzelnen ein absolutes wäre.
Indem aber hinter und über der individuellen Befriedigung der Menschen das Verhältniß
der sie miteinander verbundenen Wefensgemeinschaft steht und indem diese zu sichtbarem
Ausbruche durch das Verhältniß der Rechtsgemeinschaft gelangt, jo ist nicht nur das recht-
liche Fürsichsein der Einzelnen ein relatives, durch ihre Theilnahme an der Rechtsgemein-
schaft befränktes und ergänztes; sondern es ist dadurch insbesondere die Möglichkeit
geworden, die Persönlichkeit eines der normalen Selbständigkeit nicht fähigen Individuums
zu ergänzen durch die Vertretung einer anderen kräft des Willens der Rechtsgemeinschaft
seine Rechte und Bedürfnisse wahrnehmenden Person. Indem das Recht die von dieser
wahrgenommenen Rechte nicht als die ihren, sondern als Rechte des Vertretenen anges-
sehen wissen will, so erklärt es, daß auch derjenige Mensch, welcher Subject eigener rechts-
gültiger Willensbemütigung nicht ist, als Person zu achten, daß die das Geschlecht der
Menschen vor den Geschlechtern der Thiere auszeichnende Würde in jedem Gliede desselben zu ehren ist; deshalb sollen die Rechte, welche einer Person im Falle ihrer Handlungsfähigkeit voll und ganz zustünden, trotz ihrer Handlungsunfähigkeit als die ihrigen gelten. Ist dies aber nur dadurch möglich, daß dem Handlungsunfähigen ein für ihn handelnder Vertreter zur Seite steht, so bewährt sich dadurch zugleich, daß überhaupt das Fürsichsein der Einzelnen kein absolutes ist. Der Gedanke der Stellvertretung, vermöge dessen der eine für den anderen eingestehet und der Wille einer Person ersetzt zu werden vermöge durch den Willen einer anderen, ist nur möglich unter der Voraussetzung eines die Vielseit der Individualwille mit einander verbundenen Gemeinwillsens.

Ein solcher Gemeinwille ist derjenige der Rechtsgemeinschaft gegenüber dem individuellen Willen der an ihr Theilnehmenden. Wir können dabei die Frage, wie ein solcher Gemeinwille entsteht, dahingestellt sein lassen. Ist einerseits kein Zweifel daran, daß das Dasein jeder äußeren Gemeinschaft auf dem individuellen Dasein der durch sie Vereinigten beruht, so ist andererseits ebenso unbestreitbar, daß das Dasein und der Wille der einmal zu Stande gekommenen Rechtsgemeinschaft unabhängig ist vom Dasein und Willen der einzelnen an ihr Theilnehmenden Individuen. Diese Selbständigkeit des Gemeinwesens und seines Willens bezeichnet man insbesondere dadurch, daß man ihm eine eigene Persönlichkeit zuschreibt, und in der That, wenn wir unter einer Person nichts anderes verstehen als ein Subject eigenen Willens und wenn wir der Unterscheidung des Staatswillens vom Willen der Staatsangehörigen nicht zu entraten vermögen, so ist dadurch die Aussaffung des Staates als einer Person ohne weiteres gegeben.

Einer Täuschung aber gibt sich hin, wer glaubt, damit geraden Weges beim Begriffe der juristischen Person angelangt zu sein. Ist die Rechtsgemeinschaft Subject eines eigenen vom Willen ihrer Theilnehmer versicherten Willens und als solches Person, so ist sie doch nicht ein eigenes neben den an ihr theilnehmenden Individuen existirendes Individuum; vielmehr ist ihr Dasein ein von demjenigen ihrer Theilnehmer abgeleiteteres, über demjenigen ihrer Theilnehmer sich erhebendes und demjenigen ihrer Theilnehmer zu gute kommendes, aber ein Ausfluß, eine Beschränkung und eine Ergänzung ihres individuen Daseins. Während also materiell die Rechtsgemeinschaft durch ihre Theilnehmer und um ihrer Theilnehmer willen besteht, so steht formal ihr Dasein über demjenigen ihrer Theilnehmer und ist daher ihr Wille ein diese schlechthin bindender. Wo der Gemeinwille dem Individualwille, wo die Persönlichkeit des Staates als solche dem Einzelnen gegenübertritt, da tritt der schlechthin übergeordnete Wille des Herrn dem schlechthin untergeordneten Willen des
Unterthanen gegenüber. Gerade von dieser besonderen Beschaffenheit des Staatswillens
wird aber abgesehen, wenn der Staat dem Einzelnen als juristische Person gegenübertritt.
Wenn eine Behörde einen Lieferungsvertrag abschließt und es kommt nun zur gerichtlichen
Verhandlung und Entscheidung über die kraft dieses Vertrages dem einen oder dem anderen
Theile obliegenden Verbindlichkeiten, so wird hier ganz davon abgesehen, daß es der Staat
ist, welcher einem Unterthanen gegenübersteht. Der Staat als solcher schließt mit seinen
Unterthanen als solchen keine Verträge; zwischen dem Staat als solchem und seinen Unter-
thanen als solchen sind Privatrechtsscheitelungen unkenntlich; unmöglich könnten diese durch
den Richter als ein über die Parteien stehendes Organ des Staates entschieden werden,
wenig der Staat als solcher Prozeßpartei wäre; würde doch sonst das widersinnige Resultat
eines über dem Staat selbst stehenden staatlichen Organe sich ergeben. Wie die Behand-
lung des Staates als einer juristischen Person von der Unterordnung des Einzelwillens
unter den Staatswillen abhängt, so steht sie auch ab von der Beteiligung des Einzelnen
am Staat. In Wirklichkeit ist jede Angelegenheit des Staates eine Angelegenheit jedes
Staatsangehörigen und daher auch an den dem Staat zugeschriebenen Rechten und Ver-
bindlichkeiten jeder Staatsangehörige beteiligt; durch die Behandlung des Staates als
einer juristischen Person wird aber sein Dasein und sein Interesse behandelt als ein vom
Dasein und Interesse der an ihm beteiligten Individuen schlechthin verschiedenen. Stellt
zur Gemeinschaft als solcher der Einzelne in dem doppelten Verhältnisse der Unterordnung
unter dieselbe und der Beteiligung an derselben, so bedeutet ihre Behandlung als juris-
tische Person die Behandlung ihres Daseins als eines dem reinigen coodinirten und die
Gleichstellung ihrer Persönlichkeit mit derjenigen eines Individuums, oder die Durchführung
der Fiction als wäre die Gemeinschaft ein eigenes neben den übrigen Individuen existire-
des Individuum. Liegt also hier eine Rechtsfiction oder eine rechtliche Gleichstellung ver-
diesendartiger Verhältnisse vor, so versteht sich von selbst, daß diese Gleichstellung nur
eine relative ist; nicht nur beschränkt sich die Behandlung des Staates als eines eigenen
den übrigen Individuen coodinirten Individuums auf das Gebiet des privatrechtlichen
Verkehrs, sondern es ist auch für dieses die Verschiedenheit seiner Natur von derjenigen
des wirksamen Individuums keineswegs gleichgültig; insbesondere ist die Frage nach den
Bedingungen, unter welchen ein Staatswille von privatrechtlicher Geltung zu Stande
kommt, eine Frage der eigenen rechtlichen Organisation des Staates. Im Gegensatz zu
den physischen Personen, deren Persönlichkeit in ihrer physischen Organisation zur Er-
sehinnung gelangt, sind die juristischen Personen solche, deren Persönlichkeit auf ihrer recht-


Im Bisherigen haben wir als juristische Person kennen gelernt die Rechtsgemeinschaft über den Staat. Stellt aber dieser, soweit er als juristische Person den Boden des Privatrechtes betracht, seine eigene Persönlichkeit derjenigen eines Individuums gleich, so kann er auch eine private Vereinigung verschiedener Individuen als eine eigene juristische Person behandeln. Die für alle Rechtsgenossen der Wille der Rechtsgemeinschaft ist für die Genossen eines Vereines der Vereinswille ein aus ihrem eigenen Willen hervorgegangener, aber über dem Willen der einzelnen Genossen stehender. Die Eigenschaft des Vereines als einer juristischen Person ist aber dadurch noch nicht gegeben. Während vielmehr der Vereinswille als solcher für die Vereinsgenossen als ein dem ihiren übergeordnetener, für dritte Personen dagegen überhaupt nicht existiert, und während in Wirklichkeit an dem Dasein und den Interessen des Vereines jeder Genosse beteiligt ist, so tritt in seiner Eigenschaft als juristische Person der Verein sowohl den Vereinsgenossen als dritten Personen gleich einem eigenen Individuum gegenüber.


Wenn in Wirklichkeit kein Zweck derselbe ist ohne eine Person, deren Wille auf ihn gerichtet ist, und wenn diejenige wirkliche Person, deren Wille den Zweck der Stiftung verfolgt, der Stifter ist, so liegt es nahe, als dem das Stiftungsvermögen beherrschenden Willen denjenigen des Stifters anzusehen und die Persönlichkeit der Stiftung
ist aber das Sonderdasein einer Stiftung ein durch die Existenz der Rechtsgemeinschaft überhaupt erst ermöglichtes.

nur dadurch möglich, daß bezüglich des in den Formen des Privatrechtes sich bewegenden Verkehrs von jenem Verhältnisse abgesehen und die relative Selbständigkeit der Gemeinde als eines besonderen Zwecks verfolgenden und mit besonderen Kräften ausgerüsteten Gliedes des Staatsorganismus als eine absolute behandelt wird. Was aber so von den Gemeinden gilt, daß in gleicher Weise gelten von bestimmten besonderen Anstalten des Staates oder der Gemeinde. Es tritt darin aus drastischste zu Tage, daß die Behandlung des Staates als eines Privatrechtsobjektes nicht auf dem Wege der Staatspersönlichkeit, sondern auf einer partiellen Verleugnung desselben beruht; ist es doch dieselbe Staatspersönlichkeit, welche durch jedes Organ des Staates sich behauptet; indem es aber durch verschiedene Organe nach verschiedenen Richtungen sich behauptet, so gestattet die Verschiedenheit und relative Selbständigkeit der einzelnen Organe und ihrer Aufgaben die Behandlung der einzelnen, besonderen Zwecken dienenden und durch besondere Organe verwalteten Anstalt als einer eigenen juristischen Person. Wann eine solche vorliege, wann also das bestimmten besonderen Staatszwecken dienende Vermögen ein rechtlich vom allgemeinen Staatsvermögen abgefordertes sei, das ist lediglich eine Frage des positiven Rechtes des einzelnen Staates.

Die Behandlung des Staates als eines Privatrechtsobjektes namentlich darin sich erweist, daß er in dieser Eigenschaft der Rechtsprechung seiner eigenen Gerichte sich unterwirft, so ist ein entscheidendes Kennzeichen für die juristische Persönlichkeit einer Staatsanstalt die Möglichkeit eines zwischen ihr und dem Staate bestehenden Privatrechtesreites. Während man die Gemeinden neben den Vereinen zu den universitäten personarum zu zählen pflegt, so betrachtet man vielfach die privatrechtlichen Staatsanstalten gleich den Stiftungen als universitatum honorum. Von der Persönlichkeit einer Stiftung unterscheidet sich aber diejenige einer Staatsanstalt durch ihre Unabhängigkeit von der wirtschaftlichen Existenz eines ihr gehörenden Vermögens sowie dadurch, daß ihre Vertretung durch Organe des Staates unmittelbar durch ihre Existenz gegeben ist. Zu denjenigen Staatsanstalten, welche mögliche Subjekte eigenen Vermögens und damit unabhängig vom wirtschaftlichen Benehms eines solchen juristischen Personen sind, gehören insbesondere die Universitäten. Im Gegensatz zu unseren heutigen Staatsuniversitäten waren die ältesten Universitäten nichts anderes als Vereine; darin nun, daß unsere heutigen Hochschulen sowohl Staatsanstalten als eigene juristische Personen sind, findet man gerne den Ausdruck eines doppelten Charakters verfassen als Glieder des Staatsorganismus auf der einen und eigener Organismen oder Körperschaften auf der anderen Seite. Noch weniger als diejenige der Gemeinden ist aber die Einreichung der Universitäten unter die universitatum personarum zutreffend; die große
die Gesamtheit der Lehrenden und Lernenden umfassende akademische Gemeinschaft hat mit niemand die rechtliche Gestalt eines Vereines und der die Verwaltung der Universität beherrschende Willen ist in seiner Weise Vereinswillen, sondern schlichtes Staatswillen. Daran ändert nichts der Anteil, welcher an dieser Verwaltung dem akademischen Senate und den Facultäten, also bestimmten Collegien von Universitätslehrern zukommt. Neben das Verwögen eines Vereines versagt die Gesamtheit der Genossen innerhalb der durch seinen Zweck und seine Verfassung gegebenen Schranken beliebig, wogegen der akademische Senate gleich jedem Collegium von Beamten nie anders als in Erfüllung amtlicher Verpflichtung beschließt. Diese Auffassung verneint nicht etwa die hohe Bedeutung der den akademischen Collegien eingeräumten Selbstständigkeit; der Stolz, mit welchem dieser in akademischen Kreisen gedacht wird, ist durchaus berechtigt als Stolz auf das, was die Lehren der Universität durch die höheren Organe des Staates entgegengebrachte Vertrauen, und dieses zu verdienen ist unser eifrtes Bestreben. Nicht nur den Lehren aber, sondern insbesondere auch den Schülern der Universität bringt der Staat ein weitgehendes Vertrauen entgegen durch die den Zwang der Schule ablösende akademische Freiheit, deren fruchtbringende Verwendung ich Ihnen, geliebte Kommilitonen, ans Herz zu legen nicht unterlassen kann. Je mehr Lehrende und Lernende ihrer sie gegenseitig auf einander anweisenden Aufgabe gerecht werden, desto mehr wird die Universität als lebendige Gemeinschaft sich bewähren; desto lebendiger wird sie aber auch mit dem Gesammtorganismus des Staates als eines seiner edelsten Glieder sich verwachsen fühlen. Unsere Universität ist stolz darauf, daß ihre Verbindung mit dem Staat seit ihrer Gründung zur unmittelbaren Verbindung mit der Person seines Oberhauptes erhoben wurde; daß neuestens wieder der Lenfer unseres Staates auf unsere Bitte sich bewogen gefunden hat, das Rektorat unserer Hochschule zu übernehmen, erfüllt uns mit ehrfurchtsvollem Danke, und ich füge, indem ich mit dem Ausdruck dieses Dankes den Ausdruck unserer innigen Segenswünsche für die Person und die Regierung unseres allerdurchlautigsten rector magnificentissimus verbinde.